

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

15.01.2018

Protokoll

der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen
am Montag, 15. Januar 2018, im Senatssaal des Rathauses

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

Anwesenheit

Herr Andre Bleckmann	
Herr Patrick Leithold	in Vertretung von Frau Bettina Bruns
Herr Jan Evers	
Frau Yvonne Görs	
Herr Heiko Jaap	
Herr Erik von Malottki	in Vertretung von Herrn Dr. Andreas Kerath
Herr Markus Kolbe	
Herr Jörg König	
Herr Alexander Krüger	
Herr Thomas Mundt	
Herr Franz Küntzel	in Vertretung von Herrn Dr. Sascha Ott
Frau Birgit Socher	
Frau Brigitte Witt	

Entschuldigt

Herr Dr. Rainer Steffens

Verwaltung

Herr Dr. Stefan Fassinder	Herr Thilo Kaiser
Herr Gero Maas	Frau Beate Schinkel
Herr Erik Wilde	Herr Winfried Kremer
Frau Franziska Willert	

Gäste

Frau Cornelia Meerkatz	- OZ
Herr Klaus-Peter Adomeit	- Geschäftsführer WVG GmbH
Frau Regina Grund	- Geschäftsführerin Peter-Warschow-Sammelstiftung
Herr Thomas Beil	- Michael Succow Stiftung
Frau Anita Weiß	- Seniorenbeirat
Frau Antje Köppe	- Leiterin Abwasserwerk
Herr Peter Franke	- Mitarbeiter des Abwasserwerkes
Herr Dr. Klaus Boemer	- UTB Greifswalder Projektentwicklungsgesellschaft mbH

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 20.11.2017
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Vorstellung der Greifswalder Agrarinitiative
6. Beschlusskontrolle
- 6.1. Verbilligungsrichtlinie
SPD-Fraktion
- 6.2. Strandbad Eldena
SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
7. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 7.1. „nette Toilette“
CDU-Fraktion
- 7.2. Digitales Arbeiten
CDU-Fraktion
- 7.3. Aufsichtsrat Greifswald Marketing GmbH
SPD-Fraktion
- 7.4. Einführung ökologischer Baubegleitung
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 7.5. Prüfauftrag – Bekämpfung der Wildschweinplage in Greifswald
Fraktion DIE LINKE, Frau Heinrich i.V. für OTV Riems
- 7.6. Bebauungsplan Nr. 55 – Hafenstraße -, Zustimmung zum Masterplankonzept der UTB
Dez. II, Amt 60
- 7.7. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Samuil Marschak“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
- 7.8. Annahme einer Spende für den Kinderhort „Kunterbunt“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
8. Information der Verwaltung
9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden
11. Sitzungsende

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 14 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern und wünscht allen ein gesundes Neues Jahr.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Aufgrund der Anwesenheit von Gästen zum Tagesordnungspunkt 7.6 „Bebauungsplan Nr. 55 – Hafestraße, Zustimmung zum Masterplankonzept der UTB“ bittet Herr Kaiser um Vorziehung dieses Punktes.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

Herr Kolbe plädiert, den Punkt 7.5 „Prüfauftrag – Bekämpfung der Wildschweinplage in Greifswald“ von der Tagesordnung zu nehmen (begründet: keine finanzielle Auswirkung, gehört in den Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung). Frau Socher erklärt, dass die Vorlage sehr wohl finanzielle Auswirkungen, bezogen auf die evtl. zu schaffende Stelle, haben wird.

Herr Noack beantragt, den Tagesordnungspunkt 7.3 „Aufsichtsrat Greifswald Marketing GmbH“ in den nicht öffentlichen Teil zu verschieben.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen
6 Stimmenthaltungen ... und somit mehrheitlich abgelehnt.

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 20.11.2017

Zum Protokoll gibt es keine Anmerkungen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Keine

TOP 5. Vorstellung der Greifswalder Agrarinitiative

Herrn Beil von der Michael Succow Stiftung wird Rederecht erteilt.

Anhand einer PowerPoint-Präsentation stellt Herr Beil die Greifswalder Agrarinitiative vor (die Präsentation liegt dem Protokoll bei). Die Agrarinitiative stellt sich dem Schwerpunkt, wie man nachhaltiger auf Flächen institutioneller Eigentümer (öffentlichem Land) wirtschaften kann.

Mit dieser Vorstellung verbindet Herr Beil die Hoffnung, ein Votum der Bürgerschaft und Positionierung der Eigentümer zu bekommen, um so Verbindlichkeiten in diesen Prozess zu bringen. Anliegen der Agrarinitiative ist auch eine finanzielle Unterstützung der Stadt für die Nachhaltigkeit (5 EUR/ha). Ein konkreter Beschluss wird noch eingebracht.

Herr Kremer ergänzt, dass mit der Vorstellung der Agrarinitiative im Ausschuss Diskussionsanregungen gegeben werden sollten. Im Zuge der anstehenden Haushaltsberatungen wird dann ein entsprechender Beschluss eingebracht.

Herr Noack wünscht sich auf den Flächen der Stadt eine andere Form der Landwirtschaft (keine Monokultur), um auch das Problem der Wildschweinplage in den Griff zu bekommen. Hier muss man ins Gespräch kommen.

TOP 6. Beschlusskontrolle

TOP 6.1. Verbilligungsrichtlinie

06/1016.1 Nach Rücksprache mit dem Energieministerium, Frau Görke, erklärt Herr Kremer, dass
B589-21/17 entgegen dem Vorschlag der SPD-Fraktion (Förderung von 15.000 EUR/Wohnung) sie eine prozentuale Absenkung pro Quadratmeter für sinnvoller erachten.

Den Punkt „Benennungs- und Belegungsrecht“ hält das Energieministerium für überflüssig, weil dieses über die Förderrichtlinien des Landes geregelt wird.

Bemängelt wurden die zu kurzen Fristen für das Wiederkaufsrecht von 6 Monaten.

Zur EU-Beihilferechtskonformität wird seitens des Energieministerium angesprochen: Grundsätzlich können entsprechend der De-minimus-Erklärung Förderungen bis 500.000 EUR förderrechtlich anerkannt werden. Problematisch erweist sich, wenn der Kaufpreis und die Förderung des Landes addiert werden und den Betrag von 500.000 EUR übersteigen. Bei bisherigen vom Land geförderten Bauvorhaben war dies regelmäßig der Fall. Im Einzelfall kann man einen DAWI-Freistellungsbeschluss ermöglichen, das heißt, es muss für jeden Grundstückkaufvertrag dann ein Beihilfverfahren bei der EU-Kommission in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium gestellt werden. Im Vorfeld müssen mit dem Land die Förderrichtlinien abgestimmt werden.

Das Energieministerium verweist darauf, dass das Erbbaurecht für eine Förderung ein sehr gutes Instrument sei und andere Kommunen im Land nicht vorhaben, eine

Förderrichtlinie zu erlassen.

Verschiedene Städte, wie z. B. Rostock, verfolgen andere Interessen; sie wollen die Grundstücke möglichst teuer verkaufen.

Abschließend erklärt Herr Kremer, dass jetzt die Verwaltung ein Statement von der Politik benötigt, ob sie mit der Verbilligungslinie in welcher Form arbeiten soll. Herr Kremer favorisiert dann eine Förderung durch Erbbaurecht.

Herr von Malottki wird das Ergebnis des Prüfauftrages zur „Verbilligungslinie“ mit seiner Fraktion besprechen und ggf. einen Beschluss in die Bürgerschaft einbringen.

TOP 6.2. Strandbad Eldena

06/1187.1 Derzeit prüft die Verwaltung zwei Varianten der Bewirtschaftung (Ausschreibung, **B640-23/17** Einbringung des Strandbades in das Anlagevermögen des STZ), so Herr Kremer. Nach Abwägungsgesprächen, die Ende Januar stattfinden, wird eine Beschlussvorlage für den Gremienlauf vorbereitet.

Bezüglich des Zuganges zum Strandbad liegt eine Zwischenmitteilung vom Rechtsamt vor, in der es heißt, dass die auszuwertende Rechtsprechung des BVerwG seit Ende November vorliegt. Es fehlen jedoch in Bezug genommene Anlagen, welche für eine genauere Verortung der Urteilerwägungen (und damit für eine vergleichende Betrachtung) von Belang sind. Wenn die Stadt die Anlagen der Urteilgründe zeitnah von den Justizbehörden nachgereicht erhalten, kann eine Stellungnahme der Verwaltung bis zum nächsten Sitzungszyklus erfolgen.

TOP 7. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 7.1. „nette Toilette“

06/1270 Herr Noack erklärt die Notwendigkeit der Einführung „der netten Toilette“ in Greifswald.

Herr Maas hält dieses Ansinnen für wenig praktikabel, vielmehr hat sich die Stadt entschlossen, nach Festlegung aus dem Jahr 2016 öffentliche Toiletten zu bauen, an deren Umsetzung gearbeitet wird. Standorte werden sein: u. a. Südbahnhof, Museumshafen, Eldena.

Herr Krüger empfiehlt der CDU-Fraktion, die Vorlage in einen Prüfauftrag umzuwandeln, um entsprechende Kosten zu planen. Eine Stellungnahme bei der DEHOGA zu diesem Thema ist angefragt. Des Weiteren werden Zahlen zu Folgekosten der „netten Toilette“ von der Verwaltung bis zum Hauptausschuss erwartet. Auch wird von der Verwaltung eine klare Aussage zur Ausreichung der geplanten Toilettenstandorte gefordert.

Herr von Malottki erklärt, dass sich die SPD-Fraktion vorerst enthalten wird; sie wollen die Stellungnahme der DEHOGA und der Greifswalder Marketing GmbH abwarten. Danach wird ggf. eine fraktionsübergreifende Beschlussvorlage angestrebt.

Die Fraktion Kompetenz für Vorpommern lehnt diese Vorlage ab. Hier wird ein Sachverhalt

suggestiert, der so nicht da ist, außer, dass die Verwaltung eine Pauschale an die Händler zahlen muss.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen
5 Stimmenthaltungen

TOP 7.2. Digitales Arbeiten

06/1299 Herr Noack erklärt den Prüfauftrag für die Stadt und die drei Varianten zur Anschaffung eines Endgerätes für Bürgerschaftsmitglieder und sachkundige Einwohner.

In der Diskussion bemerken verschiedene Ausschussmitglieder, dass die Anschaffung eines Endgerätes über Aufwandsentschädigung oder Fraktionsgelder möglich sein sollte.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
7 Gegenstimmen
3 Stimmenthaltungen

TOP 7.3. Aufsichtsrat Greifswald Marketing GmbH

06/1305 Die Vorlage wird von Herrn von Malottki eingebracht. Die SPD verspricht sich mit der Installierung eines Aufsichtsrates für die Greifswald Marketing GmbH eine bessere Steuerungsmöglichkeit der Gesellschaft.

Frau Willert bittet darum, die Verhältnismäßigkeit dieser kleinen Gesellschaft nicht außer Acht zu lassen (ein Aufsichtsrat hätte dann mehr Mitglieder als die Gesellschaft Beschäftigte). Es wurde für solche Fälle eine Beteiligungsrichtlinie erarbeitet, worin geregelt ist, dass von Zuschussgesellschaften, die keinen Aufsichtsrat haben, die Wirtschaftspläne und wesentliche Entscheidungen in die Gremien gebracht werden, um dort darüber zu diskutieren.

Frau Socher plädiert für eine regelmäßige Berichterstattung des Geschäftsführers im Ausschuss und einer Verstärkung des Beirates.

Die Ausschussmitglieder sehen den Bedarf für eine stärkere Kontrolle und Steuerung.

Nach Forderung eines externen Gutachtens zur Bestandsaufnahme (Aufteilung der Aufgaben GMG/Stadt) erklärt Frau Willert, dass die Verwaltung diese Aufstellung alleine erzeugen kann, ohne dass ein teures Gutachten bemüht wird.

Nach Diskussion unterbreitet Herr Mundt den Vorschlag der Einführung einer halbjährlichen Berichtspflicht (nach dem I. und III. Quartal). Herr Evers ergänzt, dass dann auch über besondere Vorkommnisse berichtet werden muss.

Dieser Vorschlag wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

Über die Vorlage wird nicht abgestimmt. Herr von Malottki schlägt vor, mit den anderen Fraktionen Gespräche aufzunehmen, um eine Lösung zu finden.

TOP 7.4. Einführung ökologischer Baubegleitung

06/1273 Zweck der Vorlage ist der Schutz des Baumbestandes im Stadtgebiet. Herr Kolbe erläutert die Problembehaftung dieses Schutzes in Greifswald. Der Baumbestand ist Teil des städtischen Vermögens und in der Eröffnungsbilanz mit einem Wert von 18 Mio. EUR ausgewiesen. Da eine Notwendigkeit des besseren Schutzes gegeben ist, soll mit der Einführung einer ökologischen Baubegleitung begonnen werden. Eine Stellungnahme der Verwaltung bekräftigt die Problemlage und bestätigt den schlechten Zustand.

Geplant ist, die ökologische Baubegleitung als eine Art „Outsourcing“ zu betreiben und somit zur Entlastung der Stadt beizutragen. Bezüglich Zuständigkeit muss die Stadt klären, ob die Untere Naturschutzbehörde zuständig oder die Stadt selbst am Genehmigungsverfahren beteiligt ist. Kosten, die entstehen könnten, sollte man den Kosten, die man an Folgeschäden vermeidet, entgegensetzen. Da die Stadt Eigentümer dieser Bäume ist, sollte die Zuständigkeit nicht an den Kreis verwiesen werden.

Herr Dr. Fassbinder erklärt, dass die Zuständigkeit ein großes Problem darstellt, das Ziel unbestritten ist, aber ob das Werkzeug in Form der Einführung einer ökologischen Baubegleitung das richtige sei, ist man sich in der Verwaltung nicht sicher.

Zur Umsetzung befragt, informiert Herr Kolbe, dass es dafür Dienstleister (Baumgutachter) gibt, die am Markt tätig sind. Das entsprechende Honorar muss dann der Bauherr tragen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
4 Gegenstimmen
3 Stimmenthaltungen

TOP 7.5. Prüfauftrag – Bekämpfung der Wildschweinplage in Greifswald

06/1309 Frau Socher bringt die Vorlage ein und betont, dass nach Gesprächen mit dem Stadtförster die Einstellung eines für die Jagd befähigten Mitarbeiters für wichtig erachtet wird.

Herr Noack sieht ebenso einen Handlungsbedarf zur Bekämpfung der Wildschweinplage (letztlich auch das Schießen), aber hält die Schaffung einer neuen Stelle für den nicht richtigen Weg. Dem schließen sich verschiedene Ausschussmitglieder an.

Herr Dr. Fassbinder erklärt eine Reihe von Maßnahmen, die notwendig sind, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Letztlich ist aber vieles personalabhängig, sodass eine Personalaufstockung unabwendbar sein wird.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
10 Gegenstimmen

1 Stimmenthaltung

TOP 7.6. **Bebauungsplan Nr. 55 – Hafenstraße -, Zustimmung zum Masterplankonzept der UTB**

06/1295 Herrn Dr. Boemer wird einstimmig Rederecht erteilt.

Anhand einer PowerPoint-Präsentation (wird als Anlage dem Protokoll beigelegt) stellt Herr Dr. Boemer den Masterplan, welcher das Ergebnis eines Werkstattverfahrens ist, vor. Es entstehen somit Anpassungsbedarfe in der

- verkehrlichen Erschließung und dem Verkehrskonzept,
- Einordnung eines „Mobility-Hubs“ in das Plangebiet,
- Veränderung von Baugrenzen innerhalb des Plangebietes,
- Veränderung der städtebaulichen Struktur zu einer stärkeren blockhaften Bebauung,
- Verlagerung der Planstraße A.

Ein 3. Durchgang des vorliegenden Entwurfes zum B-Plan 55 mit einer anschließenden erneuten öffentlichen Auslegung durch die Verwaltung ist erforderlich. Die Kosten für die Entwurfsüberarbeitung trägt die UTB.

Im Anschluss stellt sich Herr Dr. Boemer den Fragen der Ausschussmitglieder:

- zur Größe der Gewerbeflächen: sie werden 30 % betragen, insgesamt 7.000 m²,
- zur Ansiedlung von Gewerbe: es wird nur nicht störendes Gewerbe zugelassen,
- zur Problematik Ferienwohnungen: gewerbliche Ferienwohnungen sind nicht geplant (Hinweis von Herrn Kaiser: Ferienwohnungen müssten immer im B-Plan festgesetzt werden),
- zur Gesellschaftsstruktur,
- zur Anzahl der Stellplätze.

Zur Frage von Herrn Evers bezgl. niedriger Wohnraummieten (durch Mischfinanzierung) wird Herrn Adomeit Rederecht erteilt. Herr Adomeit erklärt, dass Mieten von 5,50 EUR/m² noch nicht durchkalkuliert wurden. In der nächsten Aufsichtsratssitzung der WVG im April 2018 wird dieses Projekt mit den Eckdaten vorgestellt. Man befindet sich derzeit mit dem Land im Abstimmungsprozess, ob aufgrund der Rahmenbedingungen Förderungen in Aussicht gestellt werden können.

Eine redaktionelle Anmerkung von Herrn Wilde: Auf der Seite 2 der Beschlussvorlage muss im letzten Absatz die Jahreszahl auf Dezember 2017 geändert werden.

Herr Dr. Boemer ergänzt, dass zur ausgereichten Anlage zum Beschluss noch eine textliche Ergänzung erfolgen wird.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen

4 Gegenstimmen

2 Stimmenthaltungen

TOP 7.7. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Samuil Marschak“

06/1296 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

TOP 7.8. Annahme einer Spende für den Kinderhort „Kunterbunt“

06/1297 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis 14 Ja-Stimmen

TOP 8. Information der Verwaltung

Herr Kremer berichtet zu den derzeit großen im Bau befindlichen Hochbauvorhaben der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Präsentation liegt dem Protokoll bei).

Weiterhin werden zu den kleineren Bauvorhaben Informationen gegeben:

Sporthalle III

- derzeit europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen

Theater

- Planungsleistungen sind seit 12/2015 ausgeschrieben, jetzt befindet man sich im Vergabeverfahren

Neubau Kita Zwergenland und Marschak

- im Februar sind die Planungsleistungen der Leistungsphase 3 abgeschlossen, Fördermittelbeantragung läuft (EFRE/Städtebaufördermittel)

Kita Wolff

- soll komplett saniert werden, Planungsleistungen werden ausgeschrieben

Life Science

- möglicher Baubeginn im Herbst

Des Weiteren sollen die Bauvorhaben Toilette am Südbahnhof und die Fahrradstation in diesem Jahr umgesetzt werden.

Wahrscheinlich nicht realisiert werden kann der Bau des Bauhofes in diesem Jahr (keine Kapazitäten).

TOP 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Bleckmann informiert über den Jahresabschluss 2012, den der Rechnungsprüfungsausschuss prüfungsseitig Ende Januar abschließen wird. Mit der

Arbeitsaufnahme am 01.02.2018 der neuen Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes wird am 15.02.2018 eine Sondersitzung des Rechnungsprüfungsausschusses einberufen, auf der dann der Jahresabschluss 2012 genehmigt werden soll.

Um den Jahresabschluss 2013 nicht weiter hinauszuzögern wird dann nach Beschlussfassung des Jahresabschlusses 2012 in der Bürgerschaft mit der Prüfung des dann von der Kämmerei vorliegenden Jahresabschlusses 2013 begonnen.

Herr Evers möchte wissen, wie das vorläufige Ergebnis des Jahresabschlusses 2017 aussieht, wann mit dem endgültigen Jahresabschluss 2017 zu rechnen und ob eine fachliche Kompetenz im Amt gewährleistet ist.

Herr Maas erklärt, dass diese Zahlen voraussichtlich erst zum I. Quartal geliefert werden können. Der Jahresabschluss 2017 wird in 2018 nicht fertiggestellt werden.

Die fachliche Kompetenz wird von Herrn Dr. Fassbinder versichert, aber letztlich hängt vieles auch von der Politik und dem Rechnungsprüfungsausschuss ab, wie es läuft, denn der legt die Tiefe der Prüfung und die Qualität und Akzeptanz der Beanstandungen fest.

TOP 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

TOP 11. Sitzungsende

Um 20:45 Uhr wird die Sitzung beendet.

gez.
Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

gez.
Birgit Rosolski
für das Protokoll

Anlagen:

- Anlage 1: zu TOP 5 PowerPoint-Präsentation Vorstellung Agrarinitiative
- Anlage 2: zu TOP 7.6 PowerPoint-Präsentation der UTB GmbH
- Anlage 3: zu TOP 8 Berichtswesen Bauvorhaben